

## Antrittsrede des wiedergewählten Vorsitzenden der deutschen Sektion von Eurosolar Axel Berg

Die politische Kampflinie verläuft zwischen zentral und dezentral. Zentrale Energiesysteme stärken Konzernstrukturen und verhindern die Entwicklung eines Marktes mit gleichen Wettbewerbsbedingungen. Dezentrale erneuerbare Lösungen nah am Verbrauch sind der schnellste und kostengünstigste Weg, um zu 100 Prozent Erneuerbaren zu kommen.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) – mehr Verhinderer als Unterstützer der Energiewende – stellte neue Zahlen zu den globalen Subventionen für die Erzeugung fossiler Energien vor. Die Gesamtsumme für 2015 wird auf knapp fünf Billionen Euro geschätzt. Das entspricht 6,5 % des Welt-Bruttosozialprodukts und ist mehr als global für Gesundheit ausgegeben wird. Im Umkehrschluss vermutet der IWF, dass ein Stopp dieser Subventionen den Ausstoß von Kohlenstoffdioxid um 20% reduzieren würde. Dadurch könnten wiederum Todesfälle in Verbindung mit Verschmutzungen um 50 % reduziert werden. Das betrifft jährlich rund 1,6 Millionen Menschen weltweit. In Deutschland geht man von weit über 40.000 Feinstaubtoten pro Jahr aus. Das sind mehr als zehn Mal so viel wie Verkehrsoffer. Bemerkenswert dabei ist, wie sehr sich die Politik um ein funktionierendes Gesundheitswesen mit Krankenkassen für Prävention, Heilung und Rehabilitation kümmert oder darum, mit TÜV, Radar- und Alkoholkontrollen, Punktekonto uvm. die Zahl der Verkehrstoten zu reduzieren. Die Zahl der Feinstaubtoten zu reduzieren, würde hingegen nicht einmal Geld kosten, sondern sogar Subventionen sparen. Durch einen Stopp der Subventionen würde der Preis der fossilen Energieträger ansteigen. So würde alternative Energiegewinnung wirtschaftlich attraktiver und die dafür notwendigen Investitionen könnten Wachstum generieren. Selbst die Internationale Energie Agentur (IEA) – in den

1970ern während den Ölkrisen gegründet und seitdem stramm auf Atom- und Fossilkurs – prognostizierte für die Erneuerbaren Energien global ein steiles weiteres Wachstum und einen zunehmenden Rückgang vor allem der Kohleverstromung. 2040 könnten die Erneuerbaren Energien weltweit einen Anteil von 60 % an der installierten Leistung erreichen. Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien entstünden wesentlich mehr Jobs als in der alten Energiewirtschaft wegfallen. Traditionell unterschätzt die IEA zuverlässig die Ausbaugeschwindigkeit der Erneuerbaren. Es spricht also viel dafür, dass der Umbau der Stromerzeugung wesentlich schneller kommen wird.

Die Welt gibt Gas bei den Erneuerbaren. Doch der Erfinder und Pionier, die Deutschen, fahren mit angezogener Handbremse planlos in die Zukunft. Die mühsam aufgebaute Solarindustrie hat die eigene Bundesregierung nahezu platt gemacht; Biogas, Wasserkraft und Geothermie geht es nicht besser. Eine im Sommer veröffentlichte Studie des BWE prognostiziert für die Windkraft vergleichbare Einbrüche. Der im EEG 2014 festgelegte Ausbaupfad – so meldet das EU-Projekt „Keep-on-Track!“ – kann das der EU gegebene Versprechen von 18 % Erneuerbare Energien bis 2020 in Deutschland so nicht erreichen.

Ob IS-Terror, Flüchtlinge oder VW-Skandal: Übersehen wird, dass die aktuellen Probleme die Resultate früherer schlechter Politik sind: Ob es unsere Abhängigkeit vom Öl ist, das wir Assad und dem IS abkaufen oder die extreme Dürre, die die Lebensmittelpreise in Syrien nach oben trieb und damit eine weitere Fluchtursache schuf. Umweltflüchtlinge sind global die stärkste Flüchtlingsgruppe. Allenfalls 10 % davon versuchen, Europa zu erreichen. Oder ob es das starre Festhalten am Verbrennungsmotor durch die mächtigen Automobilkonzerne und ihrer diversen Autokanzler/in ist, was nicht nur dazu führte, dass Japan inzwischen einen Entwicklungsvorsprung von zehn Jahren beim Elektromotor hat, sondern ebenso dazu, dass manche Verbrennungsmotoren nur noch verkäuflich sind, wenn die Emissionswerte manipuliert werden.



Dr. Axel Berg bei seiner Antrittsrede

Ein Einsehen oder gar Einlenken der Konzerne oder der Regierenden ist nicht in Sicht. Sei es auf den globalen Klimakonferenzen: Paris ist eine Farce. Hermann Scheer hielt nie etwas von der Idee, einen globalen Minimalkonsens auf unzureichende Minderungsziele zu beschließen, von denen man sich zudem noch freikaufen kann. Er prognostizierte das Scheitern des Emissionshandels, weil die Industrie zu viele CO<sub>2</sub>-Zertifikate bekommt und somit eher der Kohle geholfen wird als den Erneuerbaren.

Oder auf der Ebene der EU-Politik: Sämtliche Vizepräsidenten und Kommissare mit Energie-Zuständigkeiten kommen aus der Old Industry. Der Emissionshandel wird auch auf EU-Ebene als zentrales Instrument gesehen; dazu: 45.000 km HGÜ-Leitungen sind geplant, das AKW Hinkley Point und CCS werden fett gefördert. Also wieder: Politik für die Konzerne. Daraus folgt, der Mittelstand muss sich warm anziehen. In der EU-Politik stehen alle Zeichen auf zentral, weil zentral das Geschäft der Konzerne ist. Allenfalls das EU-Parlament, das jetzt gesetzgebende Funktion hat, ist ein kleiner Hoffnungsschimmer.

In Deutschland stellt sich die Regierung, gestützt auf eine parlamentarische 80%-Mehrheit, gegen den weltweiten Trend und den sichtbaren Strukturwandel, um die lahmen deutschen Großkonzerne noch ein bisschen vor dem Friedhof hin und her zu tragen. Das Vehikel ist das Weißbuch. Ziel ist ein Systemwechsel weg von festen Einspeisevergütungen hin zu Ausschreibungen. Alle Erfahrungen aus der Praxis anderer Länder zeigen, dass Ausschreibungen wegen der höheren Transaktionskosten und Risiken die großen Anbieter begünstigen. Deckelungen reduzieren die Investitionssicherheit. Die Überbürokratisierung wirft Investoren weitere Prügel zwischen die Füße.

Die Zeitspannen zwischen den EEG-Novellen und Rechtsverordnungen verkürzen sich. Die Paragraphenfülle nicht. Hatte das erste EEG2000 noch ein Dutzend Paragraphen, verständlich für jedes Kind, so umfasst das EEG2014 bereits über 100 Paragraphen mit vier Anlagen und der Ermächtigung ans Energieministerium, rund 30 weitergehende Rechtsverordnungen ohne Mitwirkung des Parlaments zu erlassen. Das EEG2016 wird gerade vorbereitet. Den inzwischen vier nationalen Energierechtszeitschriften und den vielen Energierechtsanwaltskanzleien steht eine blühende Zukunft bevor.

Gewerbliche Selbst- und Direktversorgungskonzepte werden künftig schwerer zu realisieren sein. Das Grünstromprivileg ist seit August 2015 abgeschafft. Statt einem Grünstrommarkt oder Mieter-Direktvermarktungsmodellen ordnet die Bundesregierung alles der so genannten freien Preisbildung an der Börse unter, an der abgeschriebene und hochsubventionierte Großanlagen dafür sorgen, dass nie ein Markt unter gleichen Wettbewerbsbedingungen entstehen wird.

Die bestehende Ökostromvermarktung im räumlichen Zusammenhang, also in Hunderten von autonomen Dörfern, wird beendet. Diese erhielten bisher eine Ökostrombefreiung in Höhe von 4 Cent je kW/h und mussten keine Netzzulage bezahlen, um die höheren Schadenskosten von

Atom und Fossil auszugleichen, die von der Allgemeinheit getragen werden. Als alternativer Netzausbau ist stattdessen der teure Aufbau einer Gleichstrom-Netzstruktur geplant, die auf den langfristigen Betrieb von Großkraftwerken zugeschnitten ist.

Der Eigenverbrauch aus eigenen Erneuerbaren-Anlagen wird kaskadisch mit bis zu 40% der EEG-Umlage belastet. Die Eigenstromregelung ist besonders widersinnig, weil die Eigenverbraucher gar keinen EEG-vergüteten Strom verbrauchen, sondern sogar das Netz entlasten. Dezentrale Erneuerbare Energien wurden einst deshalb gefördert, damit die Verbraucher unabhängiger von den Konzern-Großstrukturen werden. Mit der heutigen Argumentation könnte man auch den Fahrrad-Dynamo oder den neuen stromsparenden Kühlschrank mit staatlichen Kosten belasten. Diese Pervertierung des Solidaritätsgedankens ist kaum zu ertragen. Dass jetzt von allen, also auch den Schwachen der Gesellschaft, die ohnehin die relativ höchsten Ausgaben für Energie haben, noch verlangt wird, aus Solidarität mit den Konzernen ein wenig mehr für Strom zu bezahlen, ist ein Armutszeugnis für unsere Regierung, die sich christlich und sozial nennt. Die ökologische und die soziale Frage sind doch unmittelbar miteinander verknüpft.

Der Eigenverbrauch von fossilem oder atomarem Strom (es braucht bilanziell den Strom eines halben AKW, um die acht anderen zu betreiben) wird natürlich nicht belastet, um die Gewinne der fossilen Konzerne zu schonen. Über fünf Milliarden Euro werden von den größten Stromverbrauchern auf die Gemeinschaft der Verbraucher umgelegt, jährlich. Die Klimaabgabe kommt, also die teure Reserve-Bereitstellung von 7 GW uralten Braunkohle-Kraftwerken, die ohnehin vor der Stilllegung standen. Um Klagen gegen diese Abwrackprämie wegen verbotener Beihilfe abzuwehren, sollen überdies noch mal 5 GW Stromerzeugungskapazität eine weitere Reserve bilden, diesmal für Engpässe, weil Braunkohleblöcke nicht schnell genug hochfahren werden können.

Kohlegroßkraftwerke werden vom Weißbuch zum „Partner der Erneuerbaren“ geadelt. So werden Fehlinvestitionen von Konzernen und großen Stadtwerken in Kohlekraftwerke, die keiner braucht, sozialisiert. Die Energiewende wird dadurch eingebremst, obwohl wir Deutsche noch in fast allen Erneuerbaren-Technologien die Nase vorn haben, einem der prosperierendsten Märkte der Zukunft, weil die ganze Welt die Erneuerbaren braucht.

Bei der Direktvermarktung, die stufenweise ab 2014 für Neuanlagen ab 500 kW verpflichtend ist, muss der Strom vom Betreiber selbst oder über einen Direktvermarkter verkauft werden. Die Höhe der gleitenden Marktprämie wiederum hängt von den neuen EEG-Fördersätzen ab, von denen der monatliche Börsenstrompreis abgezogen wird. Weil sich die Fördersätze nahezu monatlich ändern können, gerät der Erlös aus dem direkt vermarkteten Strom künftig zu einer unsteten Größe. Investitionen sind so schwerer zu kalkulieren.

Die vielen Industrieausnahmen bleiben, der Systemfehler des elenden Wälzungsmechanismus bleibt und der Spotmarkt für Stromeinkäufe liegt derzeit bei lächerlichen drei bis vier Eurocent pro kW/h. Wer sich auf dem Terminmarkt Strom für 2018 reservieren möchte, zahlt 2,8 Cent je kW/h. Die Gespensterdebatte um angeblich zu hohe Kosten Erneuerbarer Energien ist kaum stoppen. Die ganze Kostendiskussion hat vor allem eines erreicht: Eine massive Verunsicherung der Investoren.

Überlegungen für ein Gesetz, das Abbaukorridore für Kohle, Gas und Öl technologiespezifisch definiert oder gar ordnungsrechtliche Verbote von Kohle-Kraftwerken, von fossil betriebenen Autos oder Heizungen sind nicht in Sicht. Stattdessen haben wir in Deutschland die höchste Braunkohleverstromung seit 1990, als die alten DDR-Meiler noch liefen. Das bisher effektivste Instrument gegen die Macht der Kohle-Konzerne waren nationale Einspeisevergütungen. Und die schafft Deutschland jetzt ab.

Konvergenz von Strom, Wärme und Verkehr ist nicht weiter beabsichtigt. Über 95% der deutschen Wohngebäude und noch mehr Autos werden fossil betrieben. Hermann Scheers Prämisse war 100 Prozent in allen Bereichen. Zumindest im Wärmebereich ist von diesem Anspruch nichts mehr übrig. Ein dem Strom vergleichbares, wenigstens politisch formuliertes Ziel, die Erneuerbaren-Technologien marktreif zu machen, gibt es bei der Wärme erst gar nicht. Umweltschädliche verkehrliche Subventionen wie Dienstwagenprivileg, Entfernungspauschale, ein Steuervorteil für Diesel in Höhe von 18 Cent/Liter oder die steuerlichen Geschenke für den Flugverkehr werden ebenso wenig angegangen wie die Ausweitung von Industrieausnahmen beim EEG auf 90 %(!) aller Industriebranchen, üblicherweise unabhängig davon, ob sie im internationalen Wettbewerb stehen. Power-to-Heat, Power-to-Gas oder eine konsequente Markteinführung von Speichern sind Nebenthemen. Die administrativen Hemmnisse auf Länderebene bis zu den Landratsämtern sind deprimierend, selbst bei grün-rot in Baden-Württemberg. Da hat sich seit Hermann Scheers Tod auch nichts zum Besseren gewendet.

Mit dem Vorschlag für eine neue Energiemarktordnung (NEMO) hat EUROSOLAR die dezidierteste und umfassendste Abrechnung mit der aktuellen Politik der Bundesregierung verfasst. Außerdem ist die NEMO äußerst konstruktiv mit konkreten Vorschlägen, wie die Energiewende doch noch weitergehen könnte. Großes Lob an den Hauptautor Dr. Fabio Longo.

### **Eurosolar bleibt aktiv**

Herz und Motor einer funktionierenden Organisation ist die Geschäftsstelle. Die hat Irm Pontenagel seit über einem viertel Jahrhundert diszipliniert im Griff. Irm zieht sich zurück, bleibt uns aber als Ratgeberin erhalten. Vielen Dank dafür!

Der bisherige Projektleiter Tobias Jaletzky wird ab 1. Januar 2016 neuer Geschäftsführer. Zusammen mit Lina Hedwig und Steffen Otzipka bilden sie

unser Traumteam. Der deutsche und der internationale Vorstand haben sich viel Zeit genommen, um zu dieser Entscheidung zu kommen – währenddessen dankenswerterweise Irm Pontenagel die Geschäftsführung kommissarisch und ehrenamtlich weitergemacht hat – und wir freuen uns sehr auf die neue Entwicklung.

Der deutsche Vorstand versucht, den Gesamtüberblick zu behalten, Stephan Grüger, Fabio Longo und Axel Berg formulieren meistens Papiere, Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben, Memoranden, Anzeigentexte etc., wenn´s nicht Tobias Jaletzky oder ein anderes Vorstandsmitglied macht. Meist kontrolliert und ergänzt dann der gesamte Vorstand die Entwürfe. Bei der umfangreichen Qualifikation und dem z.T. hochspezialisierten Expertentum, die im Vorstand zusammenfließen, garantiert diese Verfahrensweise fast schon klare und aussagekräftige Formulierungen. Wir alle moderieren auf den EUROSOLAR-Veranstaltungen oder halten Vorträge auf EUROSOLAR- und vielen anderen Foren und Veranstaltungen. An dieser Stelle wärmsten Dank an die lieben Vorstands-Kolleginnen und -Kollegen. Es ist großartig, wie wir auf Zuruf zusammen arbeiten und noch immer auf geäußerte Bedenken Rücksicht genommen haben. Mehrheitsentscheidungen oder gar Kampfabstimmungen gibt es praktisch keine. Wir folgen eher dem Palaverprinzip, wie man es vom Vatikan her kennt. Aber wir sind schneller. Und haben bessere Laune.

Doch auch hier wollen wir besser werden. Die Herausforderungen der nächsten zwei Jahre sind fast übermächtig. Die Anhörung zum EEG2016 ist bereits im Januar. Sollen wir wieder Anzeigen schalten? Oder eine Petition starten? Und wie wollen wir auf die nahende Bundestagswahl Einfluss nehmen? Manchmal kommt mir EUROSOLAR vor als wären wir „Allein gegen die Mafia“. Da brauchen wir Manpower und Kreativität. Hinzu kommt, dass die deutschen Vorstandsmitglieder Dr. Brigitte Schmidt, Dr. Fabio Longo und Stephan Grüger zu neuen Vizepräsidenten von Eurosolar International gewählt wurden und sich Rosa Hem-

mers als neue Schatzmeisterin erfreulicherweise um den gesamten EUROSOLAR-Haushalt kümmert. Alles zusätzlich zur Arbeit im deutschen Vorstand.

Ergo brauchen wir eine Erweiterung des deutschen Vorstands. Und wir haben einige der Besten dafür motiviert: Margit Conrad (SPD), Bürgermeisterin, MdL, MdB, Ministerin – Wibke Brems (Bündnis90/ Die Grünen), Stadträtin, MdL – Harald Wolf (DIE LINKE), Berliner Abgeordneter, Senator und Bürgermeister von Berlin. Er war u.a. Unterstützer des knapp gescheiterten Volksentscheids für den Rückkauf des Stromnetzes.

Dank auch an alle Mitglieder, die es einrichten konnten, zur Mitgliederversammlung zu kommen. Dank auch den vielen anderen, die nicht nach Bonn kommen konnten, die aber unsere Arbeit mit ihren Mitgliedsbeiträgen und Spenden erst ermög-

lichen. Auch wenn manche, wie mir kürzlich ein Ende 40jähriger Bürgermeister anvertraute, immer noch ihre Studentenbeiträge entrichten.

Wer früh beginnt wird von der Geschichte belohnt werden. Freilich nicht unbedingt zu Lebzeiten. Hermann Scheers Vermächtnis ist unser Auftrag. Die reaktionäre Restauration gegen die von ihm vorgedachte und dank ihm schnell gestartete Energiewende ist in vollem Gang. Was er auch zu Lebzeiten vorausgesehen hat. Je besser wir werden, desto heftiger werden auch die Widerstände zunehmen. Die Arbeit von EUROSOLAR wird auch zukünftig kein Ponyhof, sondern ist furchtbar notwendig. Der Export von Braunkohlekraftwerken jedenfalls wird Deutschlands Wirtschaft in 20 Jahren nicht prägen. Also Frischauf und unverzagt. Die Erneuerbaren haben sich zwar noch nicht durchgesetzt, doch die 100 Prozent sind näher als wir je dachten. An die Arbeit!